

Einzelbestenhefter: Die 2 mm breite Seite in 1 mm Höhe im Drüsen-
 1) Barock-Heftchen 7 Goldstücke, Namenlangen und 2 Stellen-
 2) Goldstücke, auswärts 10 Goldstücke, Namenlange 10
 3) Goldstücke, die 7 mm breite Kaffeezeile in 1 mm Höhe 5 Goldstücke
 für die Aufnahme von Einzelnen an vorgeordneten Stellen. In den
 Platten wird keine Gewähr übernommen. — Bei abwärts gerichteten
 Einzelbestenheftern sind die Platten in 1 mm Höhe 10 Goldstücke
 für die Aufnahme von Einzelnen an vorgeordneten Stellen. — Abwärts gerichteten
 von Einzelnen abends 5 Uhr, für größere Sammlungen 2 Uhr.

97. Jahrgang.

Scharfe Kritik in einem Teile der englischen Blätter.

ringfügig betrachtet werden könnte. 2. daß die Note so gemäßigt in der Form sei, wie es bei derartigen Dokumenten nur möglich sei.

Der Daily Chronicle sagt: Die in der Note aufgeführten Verträge sind nicht derart, daß ein unbefangener Beobachter aus der Unstich gelangen könnte, Deutschland bereite insgeheim Mannschaften und Material für einen Raubkrieg vor. Einige Verträge sind wesentlich, andere dagegen unwesentlich; aber auf jeden Fall müssen alle Verträge, wesentliche und unwesentliche, gutgemacht werden.

Times sagt in einem Leitartikel: Die Note ist geschickt abgefaßt. Sie legt Nachdruck auf die wirtlichen Befürchten, die aus Deutschlands Nachlässigkeit bei der Erfüllung der militärischen Klauseln des Vertrages entstehen sind. Sie sei zu dem Schluß gekommen, daß Deutschland seine militärischen Verpflichtungen noch nicht vollständig erfüllt. Der Hauptpunkt, worum es sich wirklich dreht, ist die Räumung Süds. In Deutschland sind Zweifel darüber geäußert worden, ob die Alliierten wirklich den Wunsch haben, die Bestimmungen wie die Räumungsklauseln des Vertrages durchzuführen. Süds. wird bestimmt geräumt, sobald die sehr gemäßigten Forderungen der allierten Note von Deutschland ehrlich ausgeführt sind. Das ist seine Frage, fordern eine Latsache.

Der radikale „Star“ führt unter der Ueberschrift: „Geheime Klüfflungen“ aus, Berge hätten eine Maus geboren. Nach Monaten, sogar Jahren der Angstmacherei seien die Entfaltungen der Internationalen Militärkontrollkommission ein vollkommener Fehlschlag. Sogar die fettneswegs deutschfreundliche „Times“ müsse zugeben, daß die Note sowie die Anlagen nichts entschieden, was darauf hinweise, daß die Verlegungen in der Materialfrage weitreichend seien.

Bemerkenswert ist, daß es sogar im konservativen „Evening Standard“ heißt, die alliierte Note werde mit gemischten Gefühlen aufgenommen werden.

Die schärfste Kritik ist der liberale „Manchester Guardian“, der in einem Bericht aus London ausführt: Die alliierte Note wird den Weg zum europäischen Frieden noch für lange Zeit versperren. Die einzige Hoffnung für eine Verminderung der Wirkungen der Ungeschicklichkeit der Note liegt in Berlin... Es ist bedauerlich, daß ein solches Dokument in Berlin zu einer Zeit überreicht wird, wo die höchste Aufgabe der europäischen Diplomatie darin besteht, den Eider-

heitspost vorwärtszubringen. Es ist erstaunlich, daß die Minister der deutschen Regierung fünf Monate lang die Gründe vorenthielten, weshalb Köln nicht am 10. Januar geräumt wurde, und noch erstaunlicher, daß diese Note und diese Forderung

berungen auf Berlin „abgeschossen“ wurden ohne jede Bezugnahme auf Deutschlands bewundernswerte Initiative in der Frage des Sicherheitspaktcs. Der defensivc Ton der Note deutet darauf hin, daß, wer sich entschuldigend, sich beschuldigt. Eine Fronte des Schicksals ist es, daß nur Deutschland durch die Anwendung eines überlegenen Geistes sie (die affizierten Diplomaten) vor ihrer Torheit retten kann.

w. London, 6. Juni. Die Morgenblätter sind mit ihren Kommentaren über die alliierte Note, sowohl als die Zeitschrift als auch die Berichte ihrer Berliner Korrespondenten betriffend, sehr parig. Die meisten Blätter, wie die Westminster Gazette, der Daily Chronicle, die Morning Post und der Daily Express, beschränken sich darauf, den Inhalt der Note wiederzugeben. Von den liberalen Blättern nimmt nur die Daily News in einem Zeitschriftlichen Stellung. Das Blatt glaubt nicht, daß der Verdacht Deutschlands, daß Deutschland strebe nach, die Bildung einer großen militärischen Macht vorzubereiten, begründet ist, fordert aber die deutsche Regierung auf, wirkliche Verhältnisse gegenüber den Entschaffungsbestimmungen des Vertrages gut zu machen. Es müsse geklärt werden, in wieviel die Beschuldigungen begründet und praktisch durchführbar seien. Schließlich wird der freundschaftliche Ton der Note hervorgehoben und die Hoffnung ausgedrückt, daß beide Seiten ihre Verpflichtungen in angemessener großzügiger Weise erfüllen.

Von den rechtsgerichteten Blättern bespricht die Daily Telegraph die Note in einem Sectional-Artikel. Das Blatt erwähnt zunächst die fünfstimmige Vergewisserung in der Abweisung der Note, die es aber durch die lange französische Ministerliste ausreichend begründet findet. Das Blatt fährt fort, nachdem Dr. Luther die Note in Händen habe, werde er hoffentlich zwei bemerkenswerte Tendenzen beobachten, nämlich 1. daß die Nichterfüllung auf die in der Note fingerförmig werde, von den ältesten Delegationen nicht als ge-

Das Arbeiterblatt, der Daily Herald, schreibt: Die allirte Note habe wenigstens den Vorteil, klar und verständlich zu sein. Das Blatt ist damit einverstanden, daß Deutschland abstruſt, verlanat aber, daß eine allgemaine Abriſtung aller Mächte folge und daß die Allirten nicht die unmögliche Poſition ſuchen, das entwaſſnete Deutſchland mit einem Ring bewaffneter Staaten zu umgeben.

Paris, 6. Juni. Zur Note der Botschafterkonferenz an Deutschland schreibt Journal des Débats: Die Note macht nicht den gewöhnlichen Eindruck, denn man merkt ihr die lange Diskussion, die zwischen den Verfassern der Note stattgefunden hat, an. Die vorliegende Note entspricht weder inhaltlich noch der Form nach dem, was man erwartet hat. Seit 1920 find die diplomatischen Noten den Alliierten immer wie Geschäftsberichte abgefaßt worden. Dokumente, die die Meinung der Völker bestimmen sollen, werden so abgefaßt, als seien sie für einen Verwaltungsrat bestimmt. Es fehlt ihnen, kurz gesagt, der politische Geist. Es ist also im vorliegenden Falle höchst zweifelhaft, daß das deutsche Volk aus der Note der Alliierten das Unrecht herausliest, das seine Regierung begangen haben soll.

Im Gegensatz zum „Journal des Dèbats“ ist der „Leuch“ von der Note befreit. Das Blatt schreibt: Die Note ist klar und präzise. Sie läßt keinen Zweifel über die Absichten der alliierten Mächte aufkommen. Wenn man sie gelesen hat, kann man nicht mehr ernstlich behaupten, daß die Alliierten mit unternommenen Verletzungen des Deutschen Reiches die Aufrechterhaltung der Festsung der Elbener Zone verweigern.

"Nutzantagant" gibt der festen Überzeugung Ausdruck, daß die deutsche Regierung sich unterwerfen und die Bedingungen der Alliierten erfüllen werden. Vorläufig sei jedoch noch die Haltung der Deutschnationalen ungelöst. Es scheine in Berlin Zufriedenheit darüber zu bestehen, daß die Note nicht den Charakter eines Ultimatus hat. Die Aussicht auf eine baldige Räumung der ersten Rheinlandezone werde für die Haltung der Reichsregierung auskislagegebend sein. Es sei unbestreitbar, daß die Reichsregierung die Verantwortung für die Verlängerung der Besetzung auf sich nehmen wolle, lebhaft weil ihr die Ausübung der Währungskaufleute widerstrebe.

Das „Echo de Paris“ schreibt: Das heute veröffentlichte Dokument genügt, um Deutschland zu verurteilen, aber offensichtlich sind in der kriegerischen Gegend, die uns vorgeführt wird, die Bäume so gezeichnet, daß sie den Wald verhüllen. Das ist vielleicht auf die Ungeschicklichkeit unerfahrener Maler oder auf die Absichten der Regierung zurückzuführen, die, indem sie von Deutschland nicht eine Umgestaltung großen Stiles, sondern viele einzelne Verbesserungen forderten, es im Grund genommen ermöglichen wollten, es rasche und oberflächliche Korrekturen an seinen Beschreibungen vorzunehmen. Über man verheie uns recht: Wir haben niemals geglaubt, daß es möglich sei, Deutschland auf die Dauer zu entzweifeln.

TU. **Don. 6. Juni.** Die Abendblätter veröffentlichen die Entwaffnungsnote sowie das Communiqué des Woffischen Telegraphen-Büros. Die „Epoca“ schreibt, die entscheidende Frage wäre jetzt, ob die Alliierten den Frieden mit Deutschland suchten oder ob sie einen neuen Krieg gegen Deutschland vorbereiten wollten. Im ersten Fall sei es leicht, Deutschland zur völligen Entwaffnung zu bewegen. Wenn dagegen die allgemeinen Rüstungen andauerten, könne keine Note oder andere diplomatische Pressionen Deutschland dazu bringen, sich völlig zu entwaffnen. Wenn die europäische Politik nicht zur bloßen Retoxiv herabgesunken wäre, hätte man diese Kernfrage und ihre Tragweite schon längst erkannt.

„Doc Republican“ erklärt zur Entwaffnungsnote der Völkervereinigung in Deutschland: Ein entwaffnetes Deutschland in einem bewaffneten Europa ist nicht möglich. Deutschlands Entwaffnung muß der Beginn der allgemeinen Entwaffnung sein. Das Blatt ermahnt Frankreich, das seit Kriegsende am meisten mit den Waffen gekostet habe, in dieser Hinsicht ein klares Wort zu sprechen und schließt: Durch Paris und Berlin muß die Achse der neuen Politik gehen, welche die Wiederherstellung Europas zum Ziele hat.

TU. London, 6. Juni. Der Standpunkt in England zur Entwaffnungsfrage läßt sich, wie auf Anfrage an zuständiger Stelle mitgeteilt wird, folgendermaßen umschreiben: Die in der Entwaffnungsnote

enthaltenen Forderungen stellen Minimal- und nicht Maximalforderungen dar. Es ergibt sich hieraus, daß die Afflikteten an der Erfüllung ihrer Bedingungen unbedingt festhalten werden. Es ist nicht möglich, sie zum Gegenstand von Verhandlungen zu machen. Natürlich müßten Kleinigkeiten technischer Art und mögliche Fortschritte ausgemerzt werden. An den aufgestellten Forderungen werde ich aber nichts ändern lassen. Obwohl man die Schwierigkeiten für die deutsche Regierung nicht verkennt, glaubt man, daß die Entwaffnungsforderungen durchaus erfüllbar sind. Man werde es in England zweifellos aufrichtig begreifen, wenn die Frage der Entwaffnung möglichst selbstlos und mit einem möglichst lichtbaren guten Willen erledigt werde. Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß Deutschland bei dem Beweis des guten Willens ungleich mehr gewinnen könne. Es könne hierzu bemerkt werden, daß diese Auffassung der allgemeinen Stimmung in England entspricht. Man lege Wert darauf, daß die Beziehungen der deutsch-englischen Beziehungen nicht neuen Schwierigkeiten ausgesetzt wird. Daß die deutsche öffentliche Meinung zunächst protestieren wird, wird vorausgesehen, aber man hofft auf einen baldigen abklingende Eröbignung der Entwaffnungsaffektion, zumal dies im Interesse der Sicherheitspolitik Deutschlands sehr wichtigem Wert wäre.

Schlacht bei Kanton.

Washington, 7. Juni. (Durch Funkbruch.) Wie berichtet wird, erwartet man in den nächsten 36 Stunden etwa 40 Meilen von Kanton entfernt eine Schlacht zwischen der Kanton-Armee des Generals Su und den Streikkräften aus Hunan. In den östlichen Vorstädten Kantons werden Schützengraben ausgehoben. Der amerikanische Geschäftsträger in Peking hat auf Weisung hin, die er von hier erhalten hat, die amerikanischen Bürger angewiesen, die Vorstädte Kantons zu verlassen.

Eine Viertelmillion Streikende. — Truppenlandungen.

Shanghai, 6. Juni. (Reuter.) Der Streik breitet sich auf das französische Konseßionsgebiet aus. Die Anzahl der Streikenden beträgt schätzungsweise eine viertel Million. Eine Anzahl von Streikenden nahm aber heute die Arbeit wieder auf. Die Stellung der Vortreibiger verstärkt sich ständig. Ungefähr 1500 Matrosen und Seefoldaten wurden von drei englischen, einem französischen, einem italienischen Kreuzer, ferner amerikanischen Torpedobootsargierern und einer Reihe ausländischer Kanonenboote gelandet. 400 Amerikanische Marinesoldaten folgten morgen. Der Umstand, daß Aufseherstationen nicht mehr staffiert werden haben und die Arbeit wieder aufgenommen wird, deutet darauf hin, daß die fürstliche Agitation an Einfluß verliert. Ein Ganfa suchen die Studenten das Volk aufzuwecken. Sie verteilen Flugblätter, die sich gegen die Fremden richten.

Befing, 6. Juni. In einer Reihe von Städten im ganzen Lande ist es zu Streiks und Demonstrationen, die von Studenten organisiert waren, gekommen. Zu Aufstörungen kam es nur in Tschelising, wo die Polizei ohne Verletzte zerstreut wurde. Quantischir hat an die Provinzialverwaltungen Rundschreiben erlassen, in denen er den Kaufleuten und Studenten den Rat gibt, ihren Pflichten nachzugehen und die weitere Entwicklung abzuwarten. In Tschinbin demonstrierten etwa 1000 Studenten, ohne daß es zu Zwischenfällen kam. Die Ordnung wurde durch Polizei und Truppen aufrechterhalten.

Der britische Generalkonsul in Tschinkiang bei Santsching telegraphierte gestern: Aufbruch im Konfessionsgebiet. Kann Flotte Hilfe schicken? — Aus dem späteren Meldungen geht hervor, daß ausrufrückliche Studenten drei Häuser im Konfessionsgebiet zerstört und sich damit dem Schick der Ausländer beauftragte chinesische Polizei als vollkommen unbrauchbar erwies. Der chinesische Oberbefehlshaber entsandte schließlich nach dem Scheitern der Unruhen Truppen, die die Ordnung wieder herstellten. Frauen und Kinder der Ausländer suchten darauf von den Schiffen, auf denen sie Zuflucht gesucht hatten, wieder an Land zurück. Nach einer der vergangenen Nacht eingegangenen Nachricht ist die Lage wieder ernst. Das amerikanische Kriegsschiff „Baul Jones“ wird gegenwärtig in Tschinkiang erwartet, wo am Montag auch das britische Kanonenboot „Wharfart“ eintreffen soll.

TU. Frankfurt a. M., 6. Juni. Die „Frankfurter Zeitung“ meldet aus Paris: Auf dem marokkanischen Kriegsschauplatz hat gestern eine ungewöhnlich heftige Offensive Abd el Krims begonnen. Das lateinische amtliche Communiqué gibt zu, daß es den Streitkräften der Rifleute gelungen ist, die französische Front zu durchbrechen und die französischen Truppen zurückzudrängen. Die Einsetzung der Reserven der Heeresgruppe Freydenberg soll dem Kampfe, der noch andauert, eine glückliche Wendung gegeben haben. Abd el Krim soll es gelungen sein, sowohl Mafsen Tauat, wie auch Widad im Mittelpunkt der französischen Front zu besetzen. Aus einem Bericht des „Deutsche“ geht hervor, daß das französische Oberkommando die Zurücknahme eines Teiles der Front auf das Südoberende des Ulegga-Klusses in Aussicht genommen habe.

Paris, 5. Juni. Havas meldet: Wie aus Nahn berichtet wird, haben die Abd el Krim ergebenden Dissidentenstämme eine heftige Offensive gegen das Westrigan von Tannunat eröffnet. Die französischen Truppen hatten sich anfangs etwas zurückgezogen. Nach dem Eingreifen der Gruppe Freudenberg ist aber der Kampf zugunsten der Franzosen fortgesetzt worden. Wie weiter gemeldet wird, soll die Schlacht, die augenblicklich noch andauert, sehr harte Kämpfe gebracht haben, doch haben die Kolonne Freudenberg die Oberhand.

TU. Paris, 6. Juni. Aus Madrid wird dem Journal gemeldet, daß der große Angriff der Spanier gegen die Bucht von Alhucemas zwischen dem 11. und 15. d. Mts. beginnen wird. Dem Landungsversuch soll eine dreitägige Beschießung durch Schiffartillerie und Mörser vorausgehen. Spanische Flieger haben festgestellt, daß die Riffeute zwischen Alhucemas und Alidr Silbengräben auswerfen und Befestigungsanlagen errichten; außerdem wurde das Vorhandensein von 30 schweren Geschützen an strategischen Punkten festgestellt. Primo de Rivera wird den Angriff persönlich leiten. Die Landungskorpsen sind von Tetuan zusammengezogen worden.

Der preußische Handelsminister in Bochum.

Eine Sitzung der Handelskammer in Gegenwart des Ministers.

Am 6. Juni 1926 tagte unter dem Vorsitz des Oberbergrats von Belsen die Vollversammlung der Industrie- und Handelskammer zu Bochum, deren Zweck die Beratung der Wirtschaftsangelegenheiten des Ruhrbezirks ist. Der preußische Handelsminister für Handel und Gewerbe, Herr Dr. Schreiber, der sich auf einer Informationsreise durch das rheinisch-westfälische Industriegebiet befindet, hatte der Einladung der Industrie- und Handelskammer zu Bochum Folge geleistet, um persönlich die Wünsche der Wirtschaft des Ruhrbezirks entgegen zu nehmen.

Oberbergrat v. Belsen wies in seiner Begrüßungsrede auf die schweren Zeiten hin, die das Industriegebiet seit Beendigung des Krieges durchgemacht hat. Immer wieder ist es gelungen, die Widerstände zu überwinden. Die augenblickliche Lage ist im Vergleich hierzu nur zu ändern, wenn Reich und Staat in wirkungsvoller Weise Unterstützung leisten. Das preußische Handelsministerium genügt ist, dem besetzten Gebiet diese Unterstützung zu gewähren, dürfte wohl durch die Tatsache belegt sein, daß die erste Reise des preußischen Handelsministers dem rheinisch-westfälischen Industriegebiet galt.

Darauf gab Dr. Hugo ein

Bild der wirtschaftlichen Lage

Er kennzeichnete zunächst die Wirtschaftslage im Ruhrgebiet, die trotz der geringen Förderung keinen ausnahmslos guten Markt finde. Die Geldbestände seien bis Mai auf 9,3 Millionen Tonne angewachsen, was ein gutes Kapital von 140 Millionen Goldmark repräsentiere. Die Feuersicherungen seien nur zurückgegangen auf Grund der Arbeiterentlassungen, die im März und April allein 10.000 Arbeiter betrafen hätten. Die Arbeitslosigkeit wandle von Süden nach Norden. Auch schon im nördlichen Ruhrgebiet müßten Arbeiterentlassungen vorgenommen werden, und es sei zu befürchten, daß die rund 9000 Bergleute, die von Süden zum Norden umgesiedelt seien, in neue Beschäftigungsschwierigkeiten durch die notwendig werdenden Entlassungen in den nördlichen Bezirken geraten würden. Im Bergbezirk Glatte seien seit 1913 die Bergarbeiterzahl von 14.000 auf 8000, im Bergbezirk Bitten von 15.000 auf 9000 zurückgegangen. Noch schlimmer sei die Lage in den Gemeinden. In den Datteln habe Ende 1922 4360 Bergarbeiter gelebt, während jetzt noch 1840 vorhanden wären. Die Eisenindustrie leidet zum Teil in der Qualitätswirtschaft unter großen Schwierigkeiten, und dort, wo Absatz ist, unter den unannehmlichen Preisen, besonders empfindlich macht sich der dauernde Anstieg der Weltmarktpreise. Die Eisenindustrie leidet zum Teil in der Qualitätswirtschaft unter großen Schwierigkeiten, und dort, wo Absatz ist, unter den unannehmlichen Preisen, besonders empfindlich macht sich der dauernde Anstieg der Weltmarktpreise. Die Eisenindustrie leidet zum Teil in der Qualitätswirtschaft unter großen Schwierigkeiten, und dort, wo Absatz ist, unter den unannehmlichen Preisen, besonders empfindlich macht sich der dauernde Anstieg der Weltmarktpreise.

falsche politische Behandlung rein wirtschaftlicher Probleme

herbeigerufen haben. Wenn man eine Besserung der Verhältnisse anstreben wolle, so müßten unter allen Umständen die Produktionskosten heruntergedrückt werden. Es habe gar keinen Zweck, sich hier und dort einen Scheit zu tun, ohne auf der ganzen Linie konsequent zu handeln. Wenn das Reichsarbeitersministerium und einzelne Schlichter trotz der Erkenntnis der wirtschaftlichen Unmöglichkeit durch höhere Löhne den Lohnauftrieb fortgesetzt hätten, so müßte eine solche Politik zur Unproduktivität, zur Arbeitslosigkeit führen. In der Zukunft bringe der Lohnauftrieb einzelner Schichten eine Verschlechterung der Lage für die Gesamtheit durch die weiter fortgesetzte wachsende Entwertung der Mark. Die Löhne müßten mit der Wirtschaftskurve gehen. Sie könnten nicht gegen die Wirtschaftskurve ausgesetzt werden, ohne zum Verhängnis zu führen. Wenn die Arbeitslosigkeit sinkt, wenn die Warenpreise gesenkt werden müssen, und trotzdem die Waren keinen Absatz finden, so ist es unmöglich, diesen Tatsachen entgegen die Löhne aufrecht zu erhalten, ohne zu

Schweren Wirtschaftskonflikten

zu kommen. Die Bauernlöhne seien seit Juli 1924 von 6,48 M. bis April 1925 auf 7,48 M. gestiegen, in derselben Zeit die Kostenpreise um 30 Prozent gefallen und ein erheblicher Teil der getriebenen Kohle auf Lager gegangen. Bei einem großen Montanonzern, der 100.000 Arbeiter beschäftigte, betrage der Lohnauftrieb trotz schlechter Absatzsituation von Oktober 1924 bis Mai 1925 die Summe von 42 Millionen Goldmark. Das sei eine unproduktive Belastung, die zur Verschlechterung der Wirtschaft beitragen würden. Und dann der Auftrieb durch die Differenzierung. Die Bauernhöfe haben eine 30prozentige Lohnerhöhung erreicht. Während der Maurer am besten 79 Pfennig, die erhaltene, bekommt der Maurer im Freien 1,15 M. Der jugendliche Maurer erhält 68 Pfennig, die erhaltene, bekommt der Maurer im Freien 1,15 M. Die Überlieferung der Bauten betrage demnach gegenüber dem Friebe 120 Prozent. Eine Arbeiterwohnung, die im Friebe 5000 M. kostete, was 300 M. Miete erforderte, kostet heute 12.000 M. und bei den gestiegenen Mieten 1500 M. Miete. Wer den Preis abbaudern will, muß zunächst durch Preispreise auf allen Gebieten der weiteren allgemeinen Verteuerung und damit der Marktenwertung Einkalt gebieten. Reich, Länder und Gemeinden müssen einheitlich vorangehen, indem sie keine Bauverträge mit steigenden Löhnen abschließen. Öffentliche Verwaltungen dürfen nicht die Löhne der Wirtschaft in die Höhe treiben, sondern müssen sich mit ihnen im Einklang halten, sonst kommen wir zu einer Entwertung der Kaufkraft der Mark. Die Hinüberleitung zu einer solchen Preisüberhöhung führen muß, daß uns nicht der Atem ausgeht. Was ist schließlich der Arbeiterchaft damit gegeben, wenn sie in immer neuen Klassen Lohnsteigerungen erzielt, die zu einem weiteren Erliegen der Produktionskraft und der Lebensfähigkeit der Unternehmungen führen müssen. Es ist auf die Dauer einfach unmöglich, die Arbeitslosigkeit durch Subventionen aufzunehmen zu verbinden. Die Löhne muß man Erhalten selbst der stärksten Wirtschaftskurve. Auch die Verteuerung der sozialen Lage

kann nur über den Weg der Gesundung und der Befähigung der Wirtschaft und der Befähigung der Kaufkraft der Mark, nicht über seiner Schwächung führen.

Auch die

Arbeitszeitfrage

darf nicht nach dogmatischen oder gar außenpolitischen Gesichtspunkten behandelt werden, sondern nach den Notwendigkeiten unseres wirtschaftlichen Lebens. Die Solidarität der Produktionskräfte ist heute wohl das wichtigste Ziel, dessen Erreichung mit allen Mitteln angestrebt werden muß. Von dem Nutzen der stabilen Währung Gebrauch machen und zugleich an den Lebensbedürfnissen der Inflationzeit festhalten, indem trotz stabiler Währung fortwährend ein Lohnauftrieb vollzogen wird, sind unlösliche Widersprüche. Die stabile Währung erfordert auf die Länge und die Dauer auch eine stabile Löhne. Der Lohnauftrieb darf nur ein produktiver und nicht auf die Dauer ein unproduktiver sein.

Die Anhebung der Wirtschaft ist ganz besonders schwer an der Ruhr, weil die unproduktive Auswertung noch viel tiefer geht, als von außen her die deutsche Wirtschaft zu sehen vermag. Alle Entschädigungsleistungen und alle Bezahlungen der Reparationsleistungen reichen nicht im entferntesten aus, um einen Ausgleich für die tatsächlich eingetretenen wirtschaftlichen Schäden zu bieten. Was hier die zerschlagene Hand des Feindes angerichtet hat, kann überhaupt gegenwärtig das deutsche Volk nicht wieder gut machen, sondern muß geduldet der Fiktion und die hingebende Arbeit ganzer Generationen.

Der Redner ging dann auf die Erleichterung der öffentlichen Lasten und insonderheit auf die Schwierigkeiten, die sich aus dem

Finanzausgleich für die Ruhrgemeinden

ergeben, ein. Die Gemeindebesteuerungsverhältnisse an der Ruhr seien untragbar. Die Gemeindehaushalte erforderten in einigen Fällen technischer einen Ausgleich bis zu 10—12 Prozent der Einkommensteuer als Gewerbesteuer. Das sind natürlich Millionen, und deshalb habe die Regierung die Pflicht, dafür Sorge zu tragen, daß hier eine schnelle Hilfe erfolge. Dabei sind auch die in den Gemeinden häufligen Fälle von 2 bis 24 Prozent bei der übrigen steuerlichen Belastung nur theoretisch, da sie praktisch niemals gezahlt werden können. Die Ursachen liegen einmal in der nicht ausreichenden Zuteilung an Ueberschüssen der Einkommensteueranteile, an der Höhe der Personalausgaben, die zum Teil nicht verringert werden können, weil die Abbaubereitschaft nicht in Kraft gesetzt würde, und an den stark nachwirkenden inneren Sanktionen, Belastungen, die den Ruhrgemeinden aus den politischen Verhältnissen der Besatzungsperiode erwachsen sind. Diese Faktoren sind nach den Berechnungen der Gemeindeverwaltungen mit 16,10 M. im Durchschnitt pro Kopf der Bevölkerung zu bemessen. Die Einkommensteuervereuerleistungen betragen aber nur 15,81 M., werden also von den Mehrbelastungen, die diese Gebiete gegenüber dem unbesetzten Deutschland zu tragen haben, vollkommen aufgezehrt. Wenn der Staat die Gemeinden abholt, höhere Aufwendungen zu machen, muß er auch für die Bedienung an Mitteln Sorge tragen.

Die Antwort des Ministers.

In seiner Erwiderung ging der Minister auf einzelne Punkte der Ausführungen des Syndikus Dr. Hugo näher ein. Bezüglich der Lage auf dem Bauernmarkt werde man erwägen müssen, ob die Abgabe von Hauszinssteuerhypotheken von der Bedingung abhängig gemacht werden könne, daß unter Ausschluß einer gleitenden Lohnskala Bauverträge nur mit festen Preisen abgeschlossen werden.

Die steuerliche Belastung des Jahres 1924 hat nach Ansicht des Ministers zu einem Betriebsmittel, schwund geführt, der — für das Jahr 1925 fortgesetzt — eine vollständige Zerstörung der Wirtschaft zur Folge haben würde. Das preußische Staatskabinett habe sich deshalb für eine Veranlassung für 1924 ausgesprochen, ohne im Reichsrat damit durchzubringen. Ziel des Kabinetts sei es, wie in der Vorlesung, bei der Einkommensteuer den dreifachen Durchschnitt wieder zu bekommen. Nach der Ansicht des Ministers hätte eine Reduzierung der Umsatzeuern anstelle der Einkommensteuervereuerleistungen einen größeren wirtschaftlichen Effekt gehabt. Bezüglich des Finanzausgleichs geht das Bestreben des Staatsministeriums, die Stellung Preußens und damit die der Gemeinden zu verbessern. Die Lage der Gemeinden des besetzten Gebietes beansprucht nach Ansicht des Ministers die größtmögliche Beachtung. Jede Möglichkeit muß ausgenutzt werden, um die Belastung zu vermindern. Am Schluß kam der Minister auf die handelspolitische Lage zu sprechen. Das preußische Staatsministerium ist bemüht, durch Verabschiedung der Zolltarifvorlage die Handelsvertragsverhandlungen zu fördern, um der Wirtschaft den Weg ins Ausland freizumachen und dadurch die dringend erforderliche Belebung der Wirtschaft zu fördern.

Oberbergrat von Belsen dankte dem Minister für seine Ausführungen und gab der Hoffnung Ausdruck, daß es dem Handelsministerium gelingen möge, im preußischen Staatskabinett und vornehmlich im Innenministerium darauf hinzuwirken, daß die notwendigen Gesetzesmaßnahmen getroffen werden, die erforderlich sind, um eine Gleichstellung des besetzten mit dem unbesetzten Gebiet und damit verbunden eine Verminderung der Belastung zu erzielen.

2. Bochum, 7. Juni. Minister Dr. Schreiber war zu seinem Bochumer Besuch von Dortmund eingetroffen. Er beabsichtigt hier zunächst mehrere größere industrielle Werke, darunter das neue Röhrenwalzwerk in Söndrop. Um 7 Uhr abends besaß er sich nach der Handelskammer, wo die vorstehend wiedergegebene Sitzung stattfand. Im Anschluß daran wurde ein Empfang in der Harmonie eingenommen. Hierauf fuhr der Minister nach Berlin zurück.

Neue Unruhen in Bulgarien.

TU. Sofia, 6. Juni. Heute sind hier neue schwere Unruhen ausgebrochen. In der Stadt sind auf der Straße durch Revolverkugeln 68 Personen getötet worden, darunter die Führer der Bauernpartei und ein Abgeordneter. Die Blau des Leiters der Bauernpartei wurde durch Dynamit in die Luft gesprengt. Überall herrscht große Erregung. Die Bevölkerung begab sich auf die Straße, wo es zu großen Kundgebungen kam.

Die Vorgänge beim Stinnes-Konzern.

Berlin, 6. Juni. Von gut unterrichteter Seite wird zu den Vorgängen bei der Firma Hugo Stinnes Mitteilung gemacht. Durch den Dualismus in der Geschäftsführung bestanden bei der Firma Hugo Stinnes wachsende Schwierigkeiten, die durch grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten in der Auffassung der beiden geschäftsführenden Brüder verschärft wurden. Diese Meinungsverschiedenheiten sind nun endgültig beseitigt. Die Firma Hugo Stinnes, deren Besitz nach wie vor ausschließlich Frau Clara Hugo Stinnes-Wagenmeyer ist, wird jetzt in deren Auftrag einheitlich geleitet von Herrn Hugo Stinnes jun. Von einer Auflösung der Firma zu reden, ist nicht die Rede. Die Firma wird als ein Unternehmen, das aus dem großen Röhrenkomplex der Firma Hugo Stinnes in keinerlei Hinsicht, sondern nur in so fern zusammenhängen werden. Die gestrigen Besprechungen in der Reichsbank haben ergeben, daß die Banken mit der Firma Hugo Stinnes genau so weiter arbeiten wie in der Vergangenheit mit dem Vater. Die Firma Hugo Stinnes steht wieder geschlossen unter einheitlicher Leitung. Gerüchte über den Verkauf der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ entbehren jeglicher Grundlage. Was den Abbau der Firma Hugo Stinnes betrifft, handelt es sich nicht um die Abstoßung nennenswerter Objekte. Mit dem Abbau ist lediglich gemeint, daß durch die straffe Zusammenfassung der

Geschäftsleitung nunmehr in einer Hand Verwaltungsorgane überflüssig werden und abgebaut werden sollen. Unter Umständen auf kleinere Unternehmungen, die nach Auffassung des jetzigen Leiters besser nicht in die Firma aufgenommen wären. Der jetzige Leiter hat den entschlossenen Willen, die notwendige Liquidität der Firma aus eigener Kraft herzustellen trotz der ungünstigen allgemeinen Wirtschaftslage. Ein Teil dieser Maßnahmen war bereits vor geraumer Zeit geplant, konnte aber durch den Widerstand Edmund Stinnes nicht durchgeführt werden. Jetzt ist die Bahn frei.

Stadt-Theater.

Morgenfeier. Am gestrigen Sonntag gab Oberpiellier A. u. h. n. in Fortsetzung seiner früheren Vorträge einen fesselnden Einblick in „die geschichtlichen Fragen des Bühnentumtums“. Obwohl die in der Reihe, so führte Redner u. a. aus, die wichtigste sei, so konnte doch auch der äußeren eine große Bedeutung zu. Je mehr sich der Regisseur verberge hinter seinem Werk, umso besser sei es. Ein längerer historischer Rückblick auf das Szenenbild der Bühne endete mit der Betrachtung des modernen Theaters. Das plastische und das malerische Prinzip in der Raumgestaltung wurde gestreift. Jenes verdient den Vorrang. Wer letzten Endes kommt es doch auf die Wirkung an. Alles Äußere auf der Bühne aber ist schließlich nur Unterfertigung, die große Wirkung des echten Theaters steht auf dem lebensvollen Menschen. Redner streifte dann noch das Herauskommen des Historismus auf der Bühne (Meininger) und sein Wiederabfließen, den Einwirkungsgrad der Maste, die Bedeutung des Lichts als Stimmungsfaktor und andere technische Fragen. Ein sehr interessantes Plakat folgte den Darlegungen. Die technischen Einrichtungen der Bühne wurden einzeln in Betrieb gesetzt und erbrachten einen gern gesehenen Einblick in den im allgemeinen unsicheren Mechanismus einer Vorstellung. Mit einem warmen Applaus an die produktive Mithilfe des Publikums bei den Aufführungen schloß der mit Dank aufgenommene Vortrag.

Letzte Drahtmeldungen.

Der Kontrollbericht der Interalliierten Kontrollkommission.

Veröffentlichung am Dienstag.

TU. Paris, 6. Juni. Das französische Auswärtige Amt teilt mit, daß der Bericht der Interalliierten Kontrollkommission über die deutsche Wirtschaft am Dienstag veröffentlicht werden wird. Es handelt sich um den Bericht, der der Völkervereinigung der Abfassung der eben überreichten Entwaffnungsnote zu Grunde lag.

Die Ereignisse vor Ranton.

W. Ranton, 7. Juni. Zu den Vorgängen bei Ranton wird nachfolgender Bericht: Zwei Jünnan-Generale, die sich als Anhänger Sunyatsens bezeichnen, forderten die Behörden auf, die Truppenbewegungen im östlichen und westlichen Kiangtschen einzustellen. Die Behörden erklärten darauf keine Generäle für abgesetzt und ernannten den General Tschuping zum stellvertretenden Führer der Jünnan-Streitkräfte. Die Generalen beantworteten diese Maßnahmen mit einer Befehlung der Rüstung des Gouverneurs und der Befehlung der Elektrifizierung, Licht- und Wasserwerke. Die Telegraphenlinien nach Hongkong wurden durchschnitten. Nach neuesten Meldungen hat der Kampf zwischen den Jünnan- und Kanton-Leuten begonnen. Ranton-Kantonenboote eröffneten das Feuer auf die Jünnan-Leute, das von diesen erwidert wurde.

Die Ereignisse in Shanghai in amtlicher Darstellung.

Berlin, 6. Juni. Wir erhielten von der chinesischen Gesandtschaft in Berlin folgende Mitteilungen über die Vorgänge in Schanghai: Soweit bis jetzt festgestellt werden konnte, spielten sich die Ereignisse in Schanghai in folgender Weise ab: Als bei dem Versuch einer gewalttätigen Unterdrückung des Streiks chinesischer in japanischen Baumwollspinnereien beschäftigter Arbeiter einige derselben verwundet worden waren, unternahm chinesische Studenten am 30. Mai einen Demonstrationszug durch die Straßen Schanghais. Die ausländische Polizei eröffnete, ohne zu versuchen, den Zug in Ruhe aufzulösen, das Feuer, wobei 11 Personen, darunter 40 Personen verhaftet wurden. Am 1. Juni wurden drei Personen getötet und 16 verwundet. Dieses Vorgehen der ausländischen Polizei war durch die Haltung der Studenten, die unbewaffnet waren, und die lediglich eine Manifestation gegen die schlechte Behandlung der streikenden Arbeiter unternahmen wollten, in keiner Weise gerechtfertigt. Die Manifestation war nur aus patriotischen und Gerechtigkeitsgefühlen unternommen worden. Sie konnte demnach keinen feindseligen Charakter haben. Deshalb haben die ausländischen Behörden die Verantwortung zu tragen, einen gewalttätigen Überfall in ganz China gefunden. Alle Chinesen sind mit Empörung erfüllt. Der Generalstreik wurde in Schanghai beschlossen. Am 1. Juni richtete das Auswärtige Amt in Peking an die Vertreter der beteiligten Mächte eine Protestnote, in der die sofortige Freilassung der Verhafteten verlangt und die Geltendmachung von Forderungen nach Freilassung der Toten an Ort und Stelle vorbehalten wurde. Zwei Kommissare wurden zu diesem Zweck sofort nach Schanghai entsandt.

W. Peking, 7. Juni. Der italienische Gesandte überreichte als Dohner der Mächte die Antwort auf die chinesische Note.

Blutiger Zusammenstoß in Teltow.

W. Berlin, 7. Juni. Anlaß eines Unfalls der Schilkenlinie in Teltow kam es zu einem Zusammenstoß mit dem dortigen Roten Frontkämpferbunde, wobei Schusswunden und Landläger eingelesen wurden. Diese waren schließlich genötigt, von der Schusswaffe Gebrauch zu machen. 1 Toter und 9 Schwerverletzte blieben auf dem Platz. Zahlreiche andere Personen wurden leichter verletzt. Schließlich wurde die Ruhe wiederhergestellt.

Zurücknahme der Ausweisung Waltrafs.

Köln, 7. Juni. Die Ausweisung des früheren Oberbürgermeisters von Köln, Waltraf, ist zurückgenommen worden.

Deutscher Vord und Selbstmord.

TU. Koburg, 7. Juni. In dem beschriebenen Gastenbergtöte in der vergangenen Nacht der 30 Jahre alte Koburger Wilhelm Bräuer durch Selbstmord seine Frau, seine hochbetagte Mutter, seinen Schwager

und seine Schwägerin, sowie deren fünf Kinder. Außerdem schnitt er den Hals der Ehefrau durch. Der Mörder erkrankte sich dann. Als Motiv der Tat sind familienzwistigkeiten anzunehmen.

Zur Tagung des Völkervereinigungsrates.

W. Genf, 7. Juni. In unterrichteter Kreise des Völkervereinigungsrates wird die Meinung vertreten, daß während der bevorstehenden Ratstagung, deren Dauer auf 3—4 Tage bemessen ist, keine entscheidenden Beschlüsse hinsichtlich der Kontrolle der entmilitarisierten Rheinlande gefaßt werden. Die Verlegung der Beschlusfassung wird mit dem Stande der Verhandlungen über die Sicherheitsfrage begründet.

Hilfe für Amundsen.

Oslo, 7. Juni. Die Zeitung des norwegischen Luftfahrvereins beschäftigte sich mit den verschiedenen Plänen zur Auffindung der Polarflieger. Hinsichtlich des Abfluges der Expedition auf Ost-Grönland wurde beschlossen, durch das Ministerium des Meeres den französischen Polarforscher Charcot fragen zu lassen, ob er sich dieser Aufgabe widmen wolle. Hinsichtlich der Forschungsreise in der Gegend von Nordwest-Grönland und Kap Columbia wird man sich an das in New York zur Hilfeleistung für Amundsen gebildete Komitee wenden.

Erholungsurlaub Sverdrups.

Berlin, 7. Juni. Der preußische Innenminister Sverdrup hat einen einmonatigen Erholungsurlaub angetreten, den er im Auslande verbringen wird.

Generalfreist in Chile.

TU. Paris, 6. Juni. Nach Meldungen aus Santiago ist in ganz Chile der Generalfreist erklärt worden. Die Arbeiter haben in verschiedenen Städten die Fabriken besetzt. In Coruna, Canton, Alto und San Antonio wurden Angriffe der Arbeiter auf die Geschäftsräume der Antarktis-Gesellschaft abgeschlossen. Nach einer regelrechten Schlacht wurden die Fabrikarbeiter der Bewegung verhaftet, die Streikbewegung hat aber weiter zugenommen. In den Provinzen Tarapa, Antofagasta und Coruna ist der Belagerungszustand erklärt worden.

Unterredung Chamberlains mit Briand.

W. Genf, 7. Juni. Chamberlain, der hier eingetroffen ist, und Briand haben heute nachmittags in Gegenwart des französischen Delegierten Vercourt und des Unterstaatssekretärs im Kriegsamt die erste Unterredung miteinander gehabt.

Beteiligung der belgischen Sozialisten an der Antarktis-Expedition.

W. Brüssel, 7. Juni. Der Kongreß der Arbeiterpartei beschloß mit 495 485 Stimmen gegen 108 325 Stimmen bei 21 982 Enthaltungen die Teilnahme der Sozialisten an dem neuen Kabinett. Van der Velde soll das Außenministerium übernehmen.

Ein Irrtum auf einer parlamentarischen Rednertribüne.

Warschau, 6. Juni. Gestern abend kam es im Sejm zu einem gewalttätigen Zwischenfall. Während der Rede des Abgeordneten Palucki bestieg ein aufgeregter unbekannter junger Mann die Rednertribüne, verdrängte sofort den Redner und begann selbst zu sprechen. Er erklärte, das wichtigste sei die Rasse 44 und die Apokalypse, weshalb sich auch die ganze Nation zusammenstellen müsse. Der Vortragsredner unterbrach sofort die Sitzung und ließ den Redner von der Rednertribüne aus dem Saal entfernen. Wie sich auf der Rednertribüne herausstellte, hatte man es mit einem Irren zu tun, der sich durch das sichere Auftreten gelungen war, die Sachlage zu täuschen.

300 Opfer der Hitze in Amerika.

Newport, 7. Juni. Die ungeheure Hitze hält an. Stündlich werden aus den Hochgebieten und dem mittleren Westen der Vereinigten Staaten neue Todesfälle gemeldet, die auf sie zurückzuführen sind. Bisher hat die Hitze etwa 300 Tote gefordert.

TU. Hamburg, 5. Juni. Wie die „Hamburger Nachrichten“ erfahren, scheiden zwischen dem Eigentümer des Motorschiffes „Buda“ und amerikanischen Interessenten Verhandlungen über den Verkauf des Schiffes.

1.
Rant-Gle

Die Fuhba

Zus Bochum
Städtische
Preußen 07
Hellinghausen
Germania 06
Sprockhöbel
Sp. B. Ehren
Westfalia Weiden
Concordia
Preußen Witten
Borussia Dortmund

Die Bericht über
der morgigen Aus

Im 3
In Frankfurt
Frankfurt 1:1

Das
Preußen Essen
Union Gelsenkirchen
B. Witten 07
Bochum
S. G. Gelsenkirchen
horr. — Fortuna
Krefeld — Essener
04 Düsseldorf —
Spiel Duisburg
B. — Kölner B.
Bottrop 2:2. Witten
f. B. Witten — A.
Minden — Arminia
Krefeld — Arminia
Bremers S. R. 3:1
Krefeld 5:0. Fern
A. f. B. Witten
tag) Krefeld (S. 03 R

Bahnen Witten
3:2. B. f. B. Witten
tag 1:4. S. 03 R

St. G. 03 R

St. G. 03 R

St. G. 03 R

St. G. 03 R

St. G. 03 R

St. G. 03 R

St. G. 03 R

St. G. 03 R

St. G. 03 R

St. G. 03 R

St. G. 03 R

St. G. 03 R

St. G. 03 R

St. G. 03 R

St. G. 03 R

St. G. 03 R

St. G. 03 R

St. G. 03 R

St. G. 03 R

St. G. 03 R

St. G. 03 R

St. G. 03 R

St. G. 03 R

St. G. 03 R

St. G. 03 R

St. G. 03 R

St. G. 03 R

St. G. 03 R

St. G. 03 R

St. G. 03 R

St. G. 03 R

St. G. 03 R

St. G. 03 R

St. G. 03 R

St. G. 03 R

Kant-Giesberg Sieger im Rennen um den Großen Preis der Stadt Bochum. — Bootstaupe des Bochumer Kanu-Klubs e. V.

Die Geburt eines
Töchterchens
zeigen in dankbarer Freude an
Diplom-Ingenieur
Wilh. Wahmann u. Frau
Else geb. Baack.
Bochum, (Wittenerstr. 97), 5. Juni 1925.
z. Zt. Privatklinik Sanitätst. Dr. Trantenroth

**Kaffee
Hackert**
Diese Woche
Spezialität:
Frische
Stachelbeer-Torte
mit Schlaghahne

Kaiser-Aue
Mittwoch, den 10. Juni, nachm. 3 Uhr:
2. Elite-Kinderfest
Onkel Albert kommt
und bringt das vollständige, mit gewaltigem
Beifall aufgenommenes Programm des Freudenbaums
in Dortmund mit.
Klapperstorch und Händeläuer!
Sowas war noch nicht da! Das ganze übrige Programm!
Viele neue Überraschungen!
Kaffee-Konzert
Eintritt: Kinder 0,25 Mk., Erwachsene 0,50 Mk.

**Hackerts
Kaffee**
ist und bleibt
ein Qualitätserzeugnis
von auserlesenen Geschmack
und großer Ergiebigkeit.

Kaffee-Rösterei Josef Hackert
Heinrichstrasse 10.

Städtisches Orchester, Bochum.
Morgen, Dienstag, den 9. Juni 1925.
abends 8 Uhr im Stadtpark,
bei günstiger Witterung
Volks-Konzert.
Werke von Weber, Johann Strauß,
Wagner, Nicolai, Lohse, Blon, Wald-
teufel und Blankenburg.
Leitung: Konzertmeister
Hans Treichler.
Eintrittspreis 50 Reichspennig.

**Vereinigte
Stadttheater
Bochum-Duisburg**
Montag, 8. Juni.
Geflohen
Dienstag, 9. Juni.
8-10 Uhr
Auktor: Herr
Herrmann
Der große Lachert
mit
Marey Belon und
Rolf Eger
Dienstag 8 Uhr
Erstaufführung
Das silberne
Kantchen.
U. P. Weinklaus 1. Kap.
Stumm, Humor
3. Kapellen

**Detektive
Auskunft**
Rhenania
Hattingsstr. 11 im Bürohaus
Fernsprecher 5127
I. Institut des Ruhrgebietes
Ermittlungen
Beobachtungen
Auskünfte
über Firmen und Personen
Sonder- und Privatauskünfte
Maßgebende Empfehlungen.
Erlinder - Vorwärts
streben gute Verdienstmöglichkeit!
Aufklärung und Anregung geben Broschüre
„Erlinder - Vorwärts“
gratis durch Erdmann & Co., Berlin,
Königsplatz Str. 71.

**Union-Palast
Bochum**
Rottstr. 29 Tel. 534/2020
Montag, den 8. Juni,
8 Uhr (pünktlich)
Zum letzten Male
**Flüßches
Mädchen
zu verschenken**
Der große Lachert
mit
Marey Belon und
Rolf Eger
Dienstag 8 Uhr
Erstaufführung
Das silberne
Kantchen.
U. P. Weinklaus 1. Kap.
Stumm, Humor
3. Kapellen

1854 1924
Bochumer Schlegel-Pilsner
steht in erster Reihe mit dem besten Deutsch-Pilsener.
Echt deutsches Erzeugnis.
Nicht übertroffen
von Bier aus PLZEN (früher Pilsen) (Ceskoslovenské Republik).

**Eintragungen in das Handelsregister
des Amtsgerichts zu Bochum.**

Am 18. Mai 1925.
Bei Drehschulz, Filiale Bo-
chum, zu Bochum. Die Prokuren des
Leo Drehschulz und Franz Brod-
mann sind erloschen. S. R. B. 223.

Am 19. Mai 1925.
a) Bei Autostar Bochum G. m. b. H.,
zu Bochum. Die Prokuren des
Julius Zimmermann und Julius
Schlegel sind erloschen. Die Pro-
kuren des Julius Zimmermann und
Julius Schlegel, beide zu Bochum,
sind zu weiteren Liquidatoren bestellt.
Zur Vertretung der Gesellschaft sind
je zwei der bestellten Liquidatoren
ermächtigt. S. R. B. 303.

b) Bei Radelfabrikations-Ge-
sellschaft m. b. H. zu Bochum. Die
Gesellschafterversammlung vom 16.
Januar 1925 hat die Umstellung be-
schlossen und das Stammkapital auf
5000 Rm. festgesetzt. Die bisherige
Versammlung vom 24. Februar
1925 hat den Gesellschaftsvertrag
(SS 6 und 8) geändert. Die Dauer
der Gesellschaft wird, beginnend mit
dem 1. Januar 1925, auf 5 Jahre
festgesetzt. Mit Zustimmung aller Ge-
sellschafter kann sie um weitere 5
Jahre verlängert werden. Die Ver-
tretungsbefugnis des Albert Stau-
bach ist beendet. Kaufmann Alfred
Strade zu Bochum ist zum Geschäfts-
führer bestellt worden. S. R. B. 383.

c) Bei Friedrich Wünnhoff &
Co., zu Weimar. Die Gesellschaft
ist aufgelöst, die Firma erloschen. S.
R. B. 1047.

Am 20. Mai 1925.
Die Firma Basaltwerke Hagenbach
G. m. b. H. zu Bochum. Gegenstand
des Unternehmens ist die Herstellung
und der Vertrieb von Basaltmaterial
sowie der Betrieb von Steinbrüchen
aller Art, insbesondere die Fortfüh-
rung der von dem Gesellschafter An-
ton Bremer unter der nicht einge-
tragenen Firma Basaltwerke Hagen-
bach betriebenen Basaltsteinbrüche.
Die Gesellschaft ist auch berechtigt, sich
an gleichartigen oder ähnlichen Un-
ternehmen zu beteiligen oder
deren Vertretung zu übernehmen.
Das Stammkapital beträgt 10 000
Rm. Geschäftsführer ist der Kauf-
mann Anton Bremer zu Bochum.
Gesellschaft mit beschränkter Ge-
sellschaftsvertrag vom 15.
Mai 1925. Nicht eingetragen, aber
öffentlich wird Kaufmann An-
ton Bremer zu Bochum, bringt als
seine Einlage zwei Nachbeträge
über einen Steinbruch im Hagen-
bachgrund und einen im Weimarschen
Grund, sowie einen im Weimarschen
Grund, Gemeindefirma Hagenbach,
Gemeinde Hagenbach, ein. Der
Gesellschaftsanteil beträgt 1000 Rm.
S. R. B. 561.

Am 21. Mai 1925.
Bei Bochumer Industriebedarf Al-
bert Schlegel, zu Bochum. Die
Firma lautet jetzt: Albert & Schlegel.
Die Ehefrau Kaufmann Heinrich
Albert, geb. Wünnhoff, in
Bochum, ist in das Handelsregister
eingetragen. Die Gesellschaft ist eine
offene Handelsgesellschaft seit 20. Mai
1925. S. R. B. 2006.

Am 22. Mai 1925.
a) Bei Eisvertriebsgesellschaft m. b. H.,
zu Bochum. Die Gesellschafter-
versammlung vom 15. Mai 1925 hat
die Umstellung beschlossen und das
Stammkapital auf 4000 Rm. fest-
gesetzt. S. R. B. 181.

b) Bei Kammerstiftung G. m. b. H.,
zu Bochum. Die Vertretungs-
befugnis des Liquidators Emil Kal-
muss ist beendet, die Firma er-
loschen. S. R. B. 408.

c) Die Firma Bochumer Hotel-
bau- und Betriebs-Gesellschaft, zu
Bochum. Gegenstand des Unter-
nehmens ist die Errichtung, die Ver-
waltung, der Betrieb und die Ver-
pachtung eines Hotels mit allen er-
forderlichen Einrichtungen auf einem
in der Stadt Bochum gelegenen
Grundstück, sowie die Errichtung
solcher Gebäude, die mit dem Bau
oder Betrieb eines Hotels in Be-
ziehung stehen. Das Stammkapital
beträgt 1 000 000 Rm. Vorstands-
mitglieder sind: Regierungsbau-
meister Friedrich Schröder und Rechts-
anwalt Friedrichs, beide zu Bo-
chum. Prokurist: Max Bruch, zu
Bochum. Attestationsgesellschaft.
Der Gesellschaftsvertrag ist vom 14. März
1925. Die Gesellschaft wird vertre-
ten, wenn der Vorstand aus einer
Person besteht, durch diese allein
oder durch 2 Prokuristen, wenn der
Vorstand aus mehreren Personen
besteht, durch 2 seiner Mitglieder
oder durch eins und einem Proku-
risten oder durch zwei Prokuristen.
Nicht eingetragen, aber öffentlich
wird: Das Stammkapital beträgt
1 000 000 Rm. Der Vorstand besteht aus einer
oder mehreren Personen. Er wird durch
den Aufsichtsrat bestellt. Die Ein-
ladung zur Generalversammlung er-
folgt unbefristet des Rechtes des
Vorstandes durch den Aufsichtsrat,
und zwar durch öffentliche Bekannt-
machung in Reichsanzeiger. Die
Bekanntmachungen der Gesellschaft
erfolgen durch den Deutschen Reichs-
anzeiger. Die Aktien werden ausge-
geben zum Nennbetrag. Die Grün-
der der Gesellschaft sind:
Kommunalbank, Aktiengesellschaft,
zu Bochum.
Hotelbauverein der Bochumer
Kaufmannschaft e. V.
Rheinisch-Westfälische Zementver-
kaufsstelle G. m. b. H., zu Bochum.
Vereinigte Elektrizitätswerke West-
falen G. m. b. H. zu Dortmund und
Bochum.
Maschinenfabrik Fr. Gröppel &
Viktors Nachfolger, zu Bochum.
Westfälische Dampfbahn A. G. zu
Bochum.
Schlegel-Schäfersfeld Brauerei
A. G. zu Bochum.
Gebrüder Eichhoff, Maschinenfabrik
und Eisengießerei, zu Bochum.
Fabrikbesitzer Friedrich Oskar
Lueg, zu Bochum.
Die Gründer haben sämtliche Aktien
übernommen. Der erste Aufsichtsrat
besteht aus:
Generaldirektor Max Krone, zu
Bochum.
Oberbürgermeister Dr. jur. Otto
Kier, zu Bochum.
Sindikus Dr. phil. Otto Hugo, zu
Bochum.
Rechtsanwalt Hans Schiller, zu
Bochum.
Direktor Hans Baare, zu Bochum.
Bankdirektor Berndt Hattenhof, zu
Bochum.
Direktor Dr. phil. Josef Kampers,
zu Bochum.
Generaldirektor Dipl.-Ingenieur
Karl Gröppel, zu Bochum.
Direktor Dr. phil. Josef Kampers,
zu Bochum.
Kaufmann Dr. jur. Wilhelm Win-
kelmann, zu Bochum.
Von den mit der Anmeldung ein-
gereichten Schriftstücken, insbesondere
von dem Prüfungsbuch des Vor-
standes, des Aufsichtsrates und der
Revisoren kann bei dem Amtsgericht
jederzeit Einsicht genommen
werden. Von dem Prüfungsbuch der
Revisoren kann bei der Industrie-
und Handelskammer zu Bochum.
S. R. B. 562.

Am 23. Mai 1925.
a) Bei Industriebedarf G. m. b. H.,
zu Bochum. Die Gesellschafter-
versammlung vom 12. Mai 1925 hat
die Umstellung beschlossen und das
Stammkapital auf 12 000 Rm. fest-
gesetzt. S. R. B. 246.

b) Bei Lutterfall G. m. b. H., zu
Bochum. Die Hauptversammlung
vom 5. Mai 1925 hat die Umstellung
beschlossen und das Stammkapital
auf 25 000 Rm. festgesetzt. S. R.
B. 145.

Am 25. Mai 1925.
a) Bei Industriebedarf G. m. b. H., zu
Bochum. Die Vertretungsbefugnis
des Geschäftsführers Rudolf Baub
ist beendet. S. R. B. 482.

b) Bei Wilhelm Schlegel, zu
Gefel. Die Firma ist erloschen. S.
R. B. 1839.

Am 26. Mai 1925.
Die Firma Büßen & Schirpen-
bach, zu Bochum und als deren Ge-
sellschafter Diplomingenieur Theodor
Büßen und Ingenieur Peter Schir-
penbach, beide zu Bochum. Offene
Handelsgesellschaft seit dem 15.
Mai 1925. S. R. B. 2110.

Am 27. Mai 1925.
Bei Gustav Klier, zu Bochum.
Die Firma ist erloschen. S. R. B.
2018.

Am 28. Mai 1925.
Bei B. Wiegand, Maschinenfabrik
und Eiserei G. m. b. H., zu Gefel.
Die Firma ist geändert worden in:
Eiserei Maschinenfabrik und Eis-
erei, Gesellschaft mit beschränkter
Vertretung. S. R. B. 397.

Am 29. Mai 1925.
Die Firma Industrie-Union G. m.
b. H., zu Bochum. Gegenstand des
Unternehmens ist die Herstellung und
der Vertrieb von Armaturen, Ma-
schinen und Apparaten, insbeson-
dere nach eigenen Entwürfen. Zur
Errichtung dieses Zwecks ist die Ge-
sellschaft befugt, gleichartige oder
ähnliche Unternehmungen zu erwer-
ben oder sich an solchen zu beteiligen.
Das Stammkapital beträgt 5100.—
Rm. Geschäftsführer sind: Ober-
ingenieur Karl Zeigler und Kapri-
tän Franz Rat, beide zu Bochum.
Gesellschaft mit beschränkter Ge-
sellschaftsvertrag vom 26.
März und 6. Mai 1925. Jeder Ge-
sellschafter ist allein vertretungs-
berechtigt. S. R. B. 569.

Am 30. Mai 1925.
a) Bei Kohlenhofe-Gesellschaft m.
b. H., zu Gerthe. Die Gesellschafter-
versammlung vom 11. Mai 1925 hat
die Umstellung beschlossen und das
Stammkapital auf 5000 Rm. fest-
gesetzt. S. R. B. 425.

b) Bei Otto E. Laich & Co. G. m.
b. H., zu Bochum. Die Hauptver-
sammlung vom 28. Mai 1925 hat
die Umstellung beschlossen und das
Stammkapital auf 8000 Rm. fest-
gesetzt. S. R. B. 287.

Die Finanzkasse ist Mittwoch und
Samstag von 11½ Uhr vorm. ab
geschlossen.
Bochum, den 4. Juni 1925.
Finanzamt.

Bekanntmachung.
2. Nachtrag
zu dem Ortsstatut betr. Anschlüsse an
die Kanäle in der Gemeinde Werne
vom 8. Juli 1897.
§ 1.
Der § 2 erhält folgende Fassung:
Zu den Herstellungskosten der Ge-
meindekanalanlagen ist für jedes an-
schließende Grundstück ein einmaliger
Beitrag von sieben Mark für den
laufenden Meter Grundstücksfront zu
entrichten. Der Beitrag ist zur
Hälfte innerhalb dreier Monate nach
Ausführung des Anschlusses, zur
weiteren Hälfte innerhalb weiterer
drei Monate an die Gemeindekasse
zu zahlen.
§ 2.
Dieser Nachtrag tritt sofort nach
erfolgter Bekanntmachung in Kraft.
Der erste Nachtrag vom 10. Novem-
ber 1921 wird damit aufgehoben.
Werne, den 20. Mai 1925.
Der Amtmann:
In Vertretung:
Der Beigeordnete: Schulz.
Der Gemeindevorsteher:
S. R. B. 425.
Bochum, den 28. Mai 1925.
Namens des Kreisaußenbüros des
Landkreises Bochum:
Der Vorsitzende, Landrat
J. B. Heglach, Kreisdeputierter.

**Richtpreise für die Verpachtung
von Kleingartenland.**
Auf Grund des § 3 der städti-
schen Satzung für das Kleingarten-
schießgericht vom 18. März 1920
wird folgendes bestimmt:
Häufliche für die Verpachtung von
Kleingartenland werden für das
Pachtjahr 1925 nicht festgesetzt.
Die für das Pachtjahr 1924 auf-
gestellten Pachtstufpreise und zwar:
Klasse I.
Guter Ackerboden
0,50 R.-M. für 1 Qu.-R. u. Jahr.
Klasse II.
Steiniger, sandiger oder sonst min-
derwertiger Boden
0,40 R.-M. für 1 Qu.-R. u. Jahr.
Klasse III.
Schuttfellen und unkultivierte Bau-
grundstücke
0,30 R.-M. für 1 Qu.-R. u. Jahr
gelden für das Pachtjahr 1925
als Richtpreise.
Für die Einziehung eines Pacht-
grundstückes in eine der drei Klassen
ist jeweils maßgebend der Zeitpunkt
der Verpachtung. Jedoch wird nach
Wahl von 5 Pachtjahren das Pacht-
grundstück in diejenige Bodenklasse
eingereiht, welche für die dann vor-
liegende Beschaffenheit des Bodens
in Betracht kommt.
Bochum, den 5. Juni 1925.
Kleingartenschiedsgericht.

Gerthe-Harpen.
Bekanntmachung.
Zur Ausführung der Entschädi-
gungen, die auf Grund der Vieh-
seuchengesetzgebung zu leisten sind,
jeden für das Rechnungsjahr 1925 für
jeden Einwohner (Pferde, Geflügel, Maul-
tiere, Mauler) eine Abgabe von 20
Pfg. und für jedes Stück Rindvieh
eine solche von 22 Pfg. nach dem
Viehbestande am 2. Juni des Jrs.
erhoben werden.
Die Verzeichnisse des abgabepflichti-
gen Viehbestandes liegen vom 10.
Juni ds. Jrs. ab 14 Tage lang zur
Einsicht der Beteiligten bei den Ge-
meindeverwaltungen in Gerthe (Wirt-
schaft) bzw. Harpen (Verwaltungs-
stelle) offen.
Anträge auf Verichtigung des
Verzeichnisses sind spätestens binnen
10 Tagen nach Ablauf der Ver-
sehungsfest ebenfalls anzubringen.
Über die Anträge entscheidet der
Sachrat endgültig.
Gerthe-Harpen, 4. Juni 1925.
Der Amtmann: Jöbing.

Zugelaufen
deutsche Dogge (gelblich-grau). Ver-
steigerung erfolgt am Mittwoch, den
10. Juni 1925, vormittags 10 Uhr,
falls nicht bis dahin Eigentumsrechte
geltend gemacht sind, durch
Polizeiverwaltung Gerthe.

Nachdem gegen den Bauflucht-
linienplan für einen Teil der Ver-
handelsstraße D. B. IV zwischen der
Gemeindegrenze von Rütgenortmund
und Oepfel in der Gemeinde Som-
born Einwendungen nicht erhoben
sind, wird der Plan gemäß § 8 des
Baufluchtengesetzes vom 2. Juli 1875
hierdurch mit dem Bemerkten förm-
lich festgestellt, daß derselbe von
Dienstag, den 9. Juni 1925 ab 14
Tage lang im hiesigen Amtshaus,
Zimmer 14, zu jedermanns Einsicht
offen liegt.
Langenbrück/Somborn, den 4. Juni
1925.
Der Amtmann.
Der Gemeindevorsteher.

Bekanntmachung.
Die Verpachtung der Jagd in dem
gemeinschaftlichen, die Gemeinde
Ostherbede umfassenden Jagdbezirk,
soll auf die Dauer von 6 Jahren,
beginnend mit dem 1. August 1925,

enden am 31. Juli 1931, in dem
Sokale der
Witwe Julius Hilgenrod
in Ostherbede, Hauptstr. 48,
am 18. Juni, nachmittags
3.30 Uhr.
Öffentlich meistbietend erfolgen.
Die Bedingungen können bei dem
Unterzeichneten eingesehen und vom
Amt Herbede gegen eine Schreibge-
bühr von 3 M. bezogen werden.
Sie werden auch im Termine bekannt
gegeben.
Ostherbede, den 4. Juni 1925.
Der Jagdbezirk:
gez. Brinkmann.

Bekanntmachung
Die Verpachtung der Jagd in dem
gemeinschaftlichen, die Gemeinde
Westherbede umfassenden Jagdbezirk,
soll auf die Dauer von 6 Jahren,
beginnend mit dem 1. August 1925,
enden am 31. Juli 1931, in dem
Sokale der
Witwe Ludwig Lauterwald
in Westherbede, Hauptstr. 38,
am 18. Juni, nachmittags
3.30 Uhr.
Öffentlich meistbietend erfolgen.
Die Bedingungen können bei dem
Unterzeichneten eingesehen und vom
Amt Herbede gegen eine Schreibge-
bühr von 3 M. bezogen werden.
Sie werden auch im Termine bekannt
gegeben.
Westherbede, den 4. Juni 1925.
Der Jagdbezirk:
gez. Brinkmann.

Bekanntmachung.
Das Verzeichnis der abgabepflichti-
gen Viehbestände in der Gemeinde
Bladenhorst für 1925 liegt ab 10.
Juni 1925 im Amtshaus, Zimmer
Nr. 2, vierzehn Tage lang zur Ein-
sicht offen.
Anträge auf Verichtigung des Ver-
zeichnisses sind innerhalb 10 Tagen
nach Ablauf der Verzeichnungsfrist
auf dem Amtsbüro anzubringen.
Bladenhorst, den 4. Juni 1925.
Der Gemeindevorsteher: Kiegele.

**Polizei-Verordnung
zur Bekämpfung des
Kartoffelfäfers.**
Auf Grund des § 34 des Feld-
und Gortspolizeigesetzes in der
Fassung des Gesetzes vom 8. Juli
1920 (Gesetzblatt S. 437), des
§ 136 des Landesverordnungs-
blattes vom 30. Juli 1923 (Gesetzblatt S. 195)
und der Verordnung über Verord-
nungsstellen und Bußen vom 6. Fe-
bruar 1924 (Reichsgesetzblatt S. 44)
ordne ich für den Umfang des Preu-
sischen Staates folgendes an:
§ 1.
Aufsicht.
I. Die landwirtschaftlich genutzten
Felder und Gärten unterliegen der
amtlichen Aufsichtung zum
Zwecke der Bekämpfung des Kar-
toffelfäfers (Septinotaria decemline-
ata Sch.). Die Aufsicht wird von
den Polizeibehörden und den Orga-
nen des öffentlichen Gesundheits-
dienstes ausgeübt.
II. Die mit der Aufsicht betrau-
ten Personen und die von den Ge-
meinden (Inhabern der Grundstücke)
ernannten Vertrauensmänner dürfen
die betreffenden Grundstücke betreten
und die zur Entnahme der verdäch-
tigen Insekten erforderlichen Maß-
nahmen treffen.
§ 2.
Anzeigepflicht.
I. Den Verdacht des Vorhanden-
seins des Kartoffelfäfers begrün-
dende Erscheinungen sind binnen 24
Stunden der Ortspolizeibehörde oder
der Gemeindebehörde anzugeben.
Die Anzeigepflicht liegt dem Nutzung-
berechtigten des Grundstücks und in
dessen Abwesenheit dem Vertreter ab.
II. Die Gemeindebehörde hat die
bei ihr eingegangenen Anzeigen un-
verzüglich an die Ortspolizeibehörde
weiterzuleiten, die nach Nr. 4 der
Anleitung zur Bekämpfung des Kar-
toffelfäfers vom 26. Juni 1924 zu
verfahren hat.
III. Die Anzeigepflicht entfällt
nicht, wenn von anderer Seite be-
reitete Anzeigenerstattung vorliegt.
§ 3.
Weitergehende Vor-
schriften.
Weitergehende Anordnungen der
nachgeordneten Polizeibehörden sind
zulässig.
§ 4.
Strafverfügungen.
Zu widerstand gegen die vor-
stehenden Bestimmungen unterliegen
der Strafverfügung des § 34 des
Feld- und Gortspolizeigesetzes.
§ 5.
Infrazitieren.
Diese Verordnung tritt mit dem
Tage ihrer Verkündung in Kraft.
Berlin, den 2. August 1924.
Der Minister für Landwirtschaft,
Domänen und Forsten.
Vorstehende Polizei-Verordnung
wird zur allgemeinen Kenntnis
gebracht und dabei bemerkt, daß es un-
bedingt erforderlich ist, im Falle des
Ausbreitens des Kartoffelfäfers un-
verzüglich die Polizeibehörde zu
benachrichtigen, da, wenn der Käfer
nicht sofort energig bekämpft wird,
ungeheurer Schaden entsteht. An der
Kartoffelzucht beteiligten sich Reich
und Staat.
Mattenfeld, den 5. Juni 1925.
Der Bürgermeister.
Der Amtmann:

Nr. 1
Zweites
Bo
Nachdruck un-
im Auszug
Zur An
Die Vor-
gütigstwert,
am Freitag
die Umstel-
von G. L.
Die Kosten
veranschlagt,
aus der Ver-
der Umstel-
und durch G.
460 000 ner-
einer Ausga-
Endkostenauf-
von, daß in
Söhnen für
sichspersona-
Kostenanfall-
den, daß sie
werden pfl-
sicherung der
und Gemein-
allein die L-
aber auch die
Geldstrafen
Zwar liegt
lagen einen
50 Prozent
auf der and-
haben, das
Bauung in d-
voll. Es
sich in der
ter Verteil-
meistens ein-
Kaufmanns-
Grundbesitz-
und der zahl-
Ausdrücke
lung zu der
tungen noch
fordern, daß
Reisen durch
gebenenfalls
dieser Bezie-
sonst als ein-
fen, u. H.
müssen. M-
schrache mit
über eine H-
teilung der
Ergebnis de-
Der Gefa-
b.
Der Gefa-
bungsfrage
genommen:
Der Gefa-
hat von dem
tag über d-
Aus der
1925 hat die
tag den Will-
hausfalls 1
daß sie den
der aus den
über tiefen
Umloz
samtigen Be-
über Aufst-
eine E-
frage I-
der Reichs-
kennen zu
für im Ver-
zu befehlen
Der D-
reichen An-
Ausführung
zuverlässig
aus dem D-
macht, viel-
und Verord-
30) Kein
und er fast
„Guten
Bauer mit
nahmen all-
Kredite für
Lieber Herr
Da für
wie ein W-
Seuchten.
um auch n-
er in schne-
Arm und
vorbereit
gen wartet
„Was
keine Unter-
brach für
von der
brachte den
schämsen
keine weite-
leste. Man
beide Wirt-
schäftlich
aushalten.
„Zu f-
Kreditm-
Mitteln, al-
das Rache-
zug es vor-
auch ihr
merkung
tatsächlich
lyrad die
Friedrich,
12.“ Und
Dorngren

Bochumer Nachrichten.

Nachdruck unserer Originalberichte ist ganz oder auch im Auszug nur mit genauer Quellenangabe gestattet.

Bochum, 8. Juni.

Zur Umstellung der Stromversorgung der Innenstadt.

Die Vorlage betr. Ausbau des städtischen Elektrizitätswerks, die die nächste Stadtwirtschaftsversammlung am Freitag beschließen wird, soll, wie gemeldet, auch die Umstellung des Stromnetzes der Innenstadt von 6 Volt auf 230 Volt einschließen. Die Kosten dieser Umstellung werden auf 2.350.000 M. veranschlagt, ein Betrag, der sich später durch den Erlös aus der Verwertung des Altmaterials, durch den mit der Umstellung bedingten Wegfall der Stromverluste und durch Ersparnis in den Zählerausgaben um 400.000 M. vermindern dürfte. Immerhin bleibt noch mit einer Ausgabe von 1.950.000 M. ein sehr erheblicher Endkostenanfall zu rechnen. Zwar spricht die Vorlage davon, daß in diese Summe noch nicht die Ersparnis von Zinsen für das infolge der Umstellung wegfallende Aufschlagspersonal eingeschlossen ist, aber man weiß ja, daß Kostenanfall geradezu ein notwendiges Übel ist, wenn man die Umstellung durch die Umstellung überholt zu werden pflegen. Es bleibt also eine wesentliche Belastung der Abnahme bestehen, die besonders für Handel und Gewerbe recht fühlbar sein wird. Das betrifft vor allem die Besitzer von Motoren und Kleinanparaten, aber auch schließlich die sonstigen Verbraucher, weil auch Glühlampen und Leitungen neu beschaffen werden müssen. Zwar sieht die Vorlage für die Umänderung der Anlagen einen Zuschuß des Elektrizitätswerks in Höhe von 30 Prozent vor, dieses Entgegenkommen wird jedoch auf der anderen Seite zu einem Teile dadurch aufgehoben, daß das alte Material ohne weitere Entschädigung in den Besitz des Elektrizitätswerks übergeht. Es läßt sich daher verstehen, daß man sich in den Kreisen der Betroffenen mit dieser Verteilung der Umstellungskosten nicht ohne weiteres einverstanden erklärt und daß die Vereinigte Kaufmannschaft, der Innungs-Ausschuß, Haus- und Grundbesitzer-Verein, Wirtverein, Verein der Ärzte und der zahnärztliche Verein heute vormittag in einer Aussprache mit den beteiligten Stellen der Stadtverwaltung nach der vorgesehenen Verteilung der Umstellungskosten noch Stellung nehmen werden. Unbedingt ist zu fordern, daß man den von der Umstellung betroffenen Kreisen durch Gewährung von Ratenzahlungen und gegebenenfalls auch durch Stundung entgegenkommt. In dieser Beziehung wird die Vorlage, so sehr man sie sonst als einen wichtigen Fortschritt begrüßen dürfte, u. a. einer gründlichen Nachprüfung bedürftig sein. Man hofft jedenfalls, daß die heutige Aussprache mit den beteiligten Kreisen zu einer Einigung über eine Sanabel und Gewerbe nicht zu belastende Verteilung der Umstellungskosten führen wird. Ueber das Ergebnis der Besprechung werden wir berichten. H.

Der Gesamtvorstand des Deutschen Beamtenbundes zur Befoldungsfrage.

Der Gesamtvorstand des D. B. B. hat zur Befoldungsfrage in folgender Entscheidung Stellung genommen: Der Gesamtvorstand des Deutschen Beamtenbundes hat von dem Bericht der Reichsregierung an den Reichstag über die Beamtenbefoldung Kenntnis genommen. Aus der Entscheidung des Reichstages vom 4. April 1925 hat die Beamtenbefoldung entnommen, daß der Reichstag den Willen hatte, bei der Verabschiedung des Reichshaushalts 1925 die Beamtenbefoldung so umzugestalten, daß die den berechtigten Ansprüchen der Beamten und der aus Staatsgründen notwendigen Befriedigung aus ihrer tiefen Verwurftung nachkommt. Umso größer ist nunmehr die Enttäuschung der gesamten Beamtenschaft, als die Reichsregierung lediglich ihrer Auffassung dahin Ausdruck gibt, daß zurzeit keine Erhöhung der Beamtenbefoldung in Frage kommen könne ohne dem zweiten Teile der Reichstagsentscheidung folgend ihre Pflicht zu erkennen zu geben, wann und in welcher Weise sie die von ihr im Bericht an die Reichsversammlung der Beamten zu begehren oder zu mildern gedenkt. Der D. B. B. erwartet im Hinblick auf die zahlreichen Anträge aller Reichstagsparteien und deren Ausführungen im Haushaltsausschuß vom Reichstage zuversichtlich, daß er sich bei der Reichsregierung nicht dem Bericht gezogenen Folgerungen nicht zu eigen macht, vielmehr seine Pflicht, die Beamtenchaft aus Not und Verdrüssung zu befreien, in die Tat umsetzt.

Fürbörter.

Von Wilhelmine Kied.

(Nachdruck verboten.)

30) Kein Zweifel, sie alle hatten auf Jürgen gewartet, und er sah es auch so auf. „Guten Tag auch, Herr Lorenzen“, sagte ein alter Bauer mit harter Stimme, und wie auf Verabredung nahmen alle die Hände ab. Frommann aber trat vor und streckte Jürgen die Hand entgegen. „Guten Morgen, lieber Lorenzen.“ Da schenkte Jürgen auf seine Haltung wurde steif wie ein Stahl und aus seinen Augen brach feinfühliges Leuchten. „Ich bin nicht Herr Lorenzen. Nicht Herr, und auch nicht von sonst einem der Herrschaften“, sagte er in sanftem, dem Lächeln, das die Hand auf seinem Arm und ging an ihm. Im betretenen Nachschauen vorbei mit unbewegtem Gesicht zur Pforte, wo sein Wagen wartete. Tilbe zwifte ihm am Knie. „Was ist denn, Vater?“ flüsterte sie, aber sie erhielt keine Antwort, und auch auf dem ganzen Heimweg sprach Jürgen kein Wort. Unruhig sah ihn die Kleine von der Seite an. Was bedeutete dies alles? Was brachte den Vater so auf? Trotz des hellen Sonnenscheins wurde ihr bänglich und Herz, aber sie wagte keine weitere Frage. Während sie in der Küche die letzte Hand an das Festtagsessen legte, merkte sie, daß beide Mädchen sie wieder und wieder anstarrten und schließlich konnte die blonde Luise es einfach nicht aushalten. „Zu schön war das, als all die Leute vor der Kirche standen und auf unsern Herrn warteten. Natur, als wenn der Kaiser käme“, sagte sie, während das Püchlein sich abwandte und flüchtete. Tilbe zog es vor, nicht zu antworten. Was war es nur, das außer ihr selbst alle so wissen ließen? In der Dämmerung kamen zwei Tagelöhnerfrauen, um ihre Deputatinnen zu holen, und während Tilbe sie ihnen empfing, sprach die eine gerührten Töne: „Ich muß man gut, Fräulein, daß du endlich die Wahrheit an den Tag legst.“ Und die zweite setzte hinzu: „Wir haben Herrn Lorenzen ja auch so geschaut, aber besser ist besser. Du

Staatl. Wohnungsfürsorgefonds für 1925.

Nach einem Erlass des preussischen Ministers für Volkswohlfahrt vom 23. April d. J. bildet der vom Staate zur Förderung der Neubautätigkeit zu verwendende Anteil am Hauszinssteuerertrag in erster Linie den staatlichen Wohnungsfürsorgefonds. Dieser soll — ebenso wie der vorjährige sogenannte Ausgleichsfonds — vorwiegend dazu dienen, die Wohnungsbautätigkeit zu fördern in Gebieten, in denen aus besonderen Gründen der Wohnungsbedarf nennenswert stärker ist als in anderen Bezirken oder in denen die Wohnungsbautätigkeit mit dem Gemeindefonds (Gemeindeverbänden) zur Verfügung stehenden Anteile am Hauszinssteuerertrag nicht hinreichend unterstützt werden kann. Demgemäß kommen für die Ueberweisung von Mitteln aus dem staatlichen Wohnungsfürsorgefonds namentlich in Betracht:

1. Gemeinden (Gemeindeverbände), in denen infolge der Zuwanderung von Flüchtlingen eine über den allgemeinen Wohnungsmangel hinausgehende Wohnungsnot entstanden;
2. Gemeinden, in denen der durch die eigene Bevölkerung bedingte Wohnungsbedarf durch fremdbürgerliche Befolgung — auch bei Berücksichtigung der vom Reiche geleisteten Entlastung — vergrößert worden ist;
3. ländliche oder Vorortsgemeinden (Gemeindeverbände), in denen durch den Anzug von Familien aus größeren oder großen Städten (Umdehlung), ein Wohnungsbedarf entsteht, dem mit dem für die Neubautätigkeit bestimmten gemeindlichen Anteile am Hauszinssteuerertrag nicht Rechnung getragen werden kann.

Hinsichtlich der vorzunehmenden Verteilung der aus dem staatlichen Wohnungsfürsorgefonds zu überweisenden Summen wird folgendes bemerkt:

1. Die Verteilung darf nur unter sorgfältiger Berücksichtigung aller in Betracht kommenden Verhältnisse d. Gemeinden und Gemeindeverbände vorgenommen

werden. Eine mehr oder weniger schematische Verteilung der Mittel ist demnach keinesfalls ansgangig.

2. In Bezirken, in denen im besonderen Maße sogenannte Umdehlungsgemeinden oder Kreise vorhanden sind (Gemeinden oder Gemeindeverbände, in denen sich Familien aus größeren oder großen Städten in größerem Umfang anheben wollen oder in denen diese Umdehlung vorläufig gefördert wird), ist auf deren Bedürfnisse von vornherein besonderer Bedacht zu nehmen.

Die Gemeinden (Gemeindeverbände), denen unter Berücksichtigung der vorstehend dargelegten Gesichtspunkte Mittel aus dem staatlichen Fürsorgefonds überwiesen werden sollen, haben sich in einer schriftlich abzugebenden Erklärung zu verpflichten:

1. Die Verwendung des Betrages nach Maßgabe der Richtlinien vorzunehmen;
2. etwaige Weisungen des Regierungspräsidenten (Verbandspräsidenten) auf Veranlassung von Bauordnungsstellen bestimmter Auftraggeber, im besonderen der provinzialen Wohnungsfürsorgegesellschaften oder einzelner Baugenossenschaften zu entsprechen;
3. rückfließende Beträge an Hypotheken aus dem staatlichen Wohnungsfürsorgefonds sowie die für solche Hypotheken eingehenden Zinsen und Tilgungsbeträge — unter Abrechnung von 1/2 v. H. jährlicher Zinsen, die den Gemeinden (Gemeindeverbänden) als Unkostenbeitrag verbleiben — zu bestimmten, staatsseitig zu bezeichnenden Fristen an die Staatskasse abzuführen.

Soweit sich den Regierungspräsidenten (den Verbandspräsidenten) die Notwendigkeit ergibt, daß die Entscheidung über Bewilligungen aus dem staatlichen Wohnungsfürsorgefonds im einzelnen selbst vorzubehalten, sind die Verpflichtungen der Gemeinden (Gemeindeverbände) entsprechend auszuweiten.

Wetterbericht. Meist heiter, trocken und warm. Der Hochdruck über Nordeuropa hält noch stand. Ueber Frankreich bestehen leichte Störungen in der Luftdruckverteilung fort. Die Witterung ist in Deutschland trocken, heiter und warm. Die südwestlichen Störungen werden unsere Witterung zeitweise beeinflussen. Vorherige für Montag: Zunächst noch meist heiter, streichweise Gewitterneigung, sonst trocken und warm.

Namensänderung. Dem Bergmann Friedrich Michael Kiehl von hier ist die Erlaubnis erteilt worden, den Namen Kiehl in Kiehl zu ändern; die Erlaubnis erstreckt sich ebenfalls auf die Ehefrau, die minderjährigen Kinder sowie die volljährigen Kinder Gustav Karl und Heinrich. Kiehl, ebenfalls in Bochum, die also fortan gleichfalls den Namen Kiehl führen.

Die Feuerungsstellen der Stadt Bochum und anderer Großstädte im Monat März und April 1925, errechnet nach der alten und neuen Methode, betragen im März nach der alten Methode der Berechnung 120.41, nach der neuen Methode 142.18 M. im April nach der alten Methode 123.53, nach der neuen Methode 143.56 M. (die vergleichsweise Feuerungszahl ist für Bochum Juli 1914 100 M.).

Handwerkertum in Bochum. Wie machen sich auch die vom 20. Juni bis 5. Juli in Bochum stattfindende Ausstellung handwerklicher Erzeugnisse aufmerk. Träger der Ausstellung ist bekanntlich der Innungs-Ausschuß Bochum. Mit der Ausstellung verfolgt das Handwerk den Zweck, der Bevölkerung von Bochum und seiner Umgebung zu zeigen, was das Bochumer Handwerk durch Herstellung von Qualitätsarbeit und in der Heranbildung eines tüchtigen Nachwuchses leisten kann. Weiter soll die Ausstellung eine machtvolle Rundschau werden, die die Öffentlichkeit auf die volkswirtschaftliche Bedeutung des Handwerks in der modernen Volkswirtschaft aufmerksam macht. Es stehen ca. 8000 Quadratmeter Ausstellungsfläche zur Verfügung.

Marktbericht. Vom schönsten Wetter begünstigt, zeigte der Samstag-Markt auf dem Wilhelmplatz einen sehr regen Besuch von den frühesten Morgenstunden an. Die Zufuhr war in allen Artikeln, namentlich auf dem Frischgemüsemarkt, sehr stark. Die Kaufkraft war im großen und ganzen reger, ließ aber doch noch zu wünschen übrig. Geschäft wurden vor allem Fleisch-, Wurst- und Fettwaren und Eier, die

in der Hauptsache noch die alten Preise behaupteten. Butter wurde mit 1,70—2,10 M. gehandelt. Die Käsearten wiesen je nach ihrem Fettgehalt in Schweizer, Holländer und Camembert einen Preis von 1,20 bis 1,40 M. auf. Margarine war schon zum Preise von 53 S. zu haben. Die besten Sorten kosteten 1 M. Der Fischmarkt zeigte wenig Anziehungskraft. Serringe und Matjesheringe waren in großer Menge zum Verkauf gestellt. Der Gemüsemarkt war sehr reichhaltig besetzt. Kopfsalat und Spinat standen auf 20 S., Mohrrüben auf 15 S., Blumenkohl auf 50—70 S., Spargel auf 80—90 S.; neue Kartoffeln wurden 6 Pf. für 1 M. abgegeben. Anfehlen sind im Preise gestiegen, einzelne Früchte kosten 20—25 S. Erdbeeren sind im Preise gefallen; sie kosteten am Morgen 1,80 M., am Mittag 1,40 M. pro Korb. Der Blumen- und Pflanzenmarkt war sehr gut besucht und hatte auch einen mäßigen Absatz zu verzeichnen. Stachelbeeren wurden mit 60, Kirchen mit 1 M., Bananen mit 85—90 S. abgegeben. Die Obstarten finden noch wenig Abnehmer, da hierfür noch das notwendige Geld mangelt. — Der Samstag-Markt wurde zeitig geräumt.

Schmiedet die Häuser mit Blumen. Seit einiger Zeit hat unser Rathaus wieder einen reichen Blumen-schmuck erhalten. Jeder Naturfreund wird die freundliche Wirkung empfinden, die der Schmuck der Verwaltungsgebäude ausstrahlt. Es wäre zu begrüßen, wenn das Beispiel der Stadtverwaltung bald vielfältige Nachahmung fände. Schon mit geringen Mitteln läßt sich Schönes schaffen. Der häufig geforderte geringe Aufwand an Mühe für die Pflege der Pflanzen wird bald die liebste Beschäftigung werden und viel Freude bringen, wenn die Arbeit durch üppiges Grün und Blüten belohnt wird. Die vom Innungs-Ausschuß geplante Handwerker-Ausstellung steht vor der Tür. Zahlreiche Gärten von nah und fern werden erwartet. Grün- und Blumen-schmuck an den Häusern bringt das beste Licht und die schönste Farbe in das Straßenbild. Für den Fremden wird der Aufenthalt in der Stadt dadurch umso angenehmer, und er wird bei ihm einen noch besseren Eindruck hinterlassen. Niemand darf daher fehlen, um durch Blumen-schmuck dem Straßenbild ein freundliches und anmutiges Aussehen zu verschaffen!

Rechtspfeife für Kleingartenland. Wie in der heutigen Nummer veröffentlicht ist, hat das Kleingarten-schiedsgericht beschlossen, für das Wirtschaftsjahr 1925 entsprechend den jetzigen Verhältnissen die Rechtspfeife für die Verpachtung von Kleingartenland nicht festzusetzen.

Die bisherigen Rechtspfeife von 0,50, 0,40 und 0,30 M. für die Quadratrate und Lage gelten für das Wirtschaftsjahr 1925 nur als Richtpfeife. Der Unterschied von Rechtspfeifen und Richtpfeifen für die Verpachtung von Kleingartenland besteht darin, daß letztere nicht zwingend sind. Im Interesse des wirtschaftlichen Friedens ist jedoch dringend zu empfehlen, die Rechtspfeife in Höhe der aufgestellten Richtpfeife zu vereinbaren und nur in besonders wichtigen Fällen das Kleingarten-schiedsgericht um Entscheidung anzurufen. Das Kleingarten-schiedsgericht hat beschlossen, die angegebenen Richtpfeife, falls nicht besondere Umstände vorliegen, keinen Entscheidungen zugrunde zu legen. Es wird noch darauf hingewiesen, daß durch die Richtpfeife von Rechtspfeifen die Rechtspfeifebestimmungen im übrigen in keiner Weise berührt werden. Es bleibt daher a. B. bei einer Kündigung des Pachtlandes durch den Verpächter dem Pächter unbenommen, eine Entscheidung des Kleingarten-schiedsgerichts über die Wertigkeit der Kündigung herbeizuführen.

Fähigkeitsbericht der Stadtbibliothek für Mai 1925. Neuangekommen wurden in die Stadtbibliothek im zweiten Geschäftsjahr 170 Bücher, darunter 15 Kinder im Alter von 10—15 Jahren. Die Benutzung weist folgende Ziffern wie im vorigen Monat auf: 7000 Bände: Schöne Literatur 4972 Bände, wissenschaftliche Literatur 1638 Bände, Jugendchriften 330 Bände. Eine neue statistische Berechnung, die über die Entlehnung jedes einzelnen Werkes der wissenschaftlichen Abteilungen wertvollen Aufschluß gibt, wurde versuchsweise eingeführt. Die Bearbeitung von Sonderkatalogen für Kinder konnte weitergeführt werden. Es wurden bis jetzt fertiggestellt die Abteilungen Märchen, Sagen, Fabeln und Abenteuererzählungen. In den genannten Abteilungen ist eine ganze Anzahl von besten Ausgaben mit prächtigen Illustrationen neu eingeführt worden. Das Zugangsbuch verzeichnet einen Zugang von 400 Werken; katalogisiert wurden ca. 100 Bände. Der Lesesaal wurde von 3096 Personen besucht. Die Hauptverkehrsstunden sind die Abendstunden von 6—9 Uhr. Der Zeitungsverleih wurde neu ergänzt durch die „Leipziger Illustrierte Zeitung“, die „Christliche Welt“, herausgegeben von Prof. Dr. H. H. Die Siemens-Halske-Werke übermitteln regelmäßig ihre Veröffentlichungen, die im Lesesaal einzeln abgegeben werden können. Unfähig der tausendjährigen Jubelfeier des Rheinlandes zum Deutschen Reich wird im Lesesaal eine reichhaltige Literatur über das Rheinland aus den Beständen der Stadtbibliothek ausgestellt werden.

Vortrag von Professor Cassel. Die Industrielle und Handelskammer zu Bochum teilt uns mit, daß Professor Cassel, der bekannte Volkswirtschaftler, auf Veranlassung der Bochumer Gesellschaft, Abend, eine Vortragsreihe durch West- und Süddeutschland unternimmt und bei dieser Gelegenheit auch am 17. Juni nachmittags 5 1/2 Uhr, im Vortragsaal der Essener Werke einen Vortrag halten wird über das höchst zeitgemäße Thema: „Zollpolitik und Zolltarif“. Die Vorträge werden im Vortragsaal der Industrielle- und Handelskammer zu Bochum unvergütlich ausfallen.

Ha. Eine neue Art Fahrkarten. Die Auswanderung aus den angrenzenden Ländern über Deutschland sucht die Reichsbahn durch Fahrpreisermäßigungen zu fördern. Am 15. Juni werden besondere Durchwandrertarife auszugeben an Personen, die über deutsche Schiffe von außereuropäischen Ländern zu Schiff ankommen und nach außereuropäischen Ländern weiterreisen oder von außereuropäischen Ländern ankommen und zu Schiff nach außereuropäischen Ländern reisen. Die Ermäßigung wird auf Antrag der Schiffahrtsgesellschaften gewährt. Personen, die in Deutschland anfristen, erhalten die Ermäßigung nicht. Die Karten werden zunächst zwischen Hamburg und Bremen einerseits und den Grenz-

Firmit
die bleichende
Sprüh-Selbe
bleicht
im
Waschkessel
Dreiring-Werke, Gelsenkirchen.

so fester zusammen, was? Und jetzt laß und mach' uns einen ordentlichen Happen zum Abendbrot. Ist ja Erntedankfest heute!“ Sie gehörte, war aber so schlecht bei der Sache, daß Jürgen's Lebergericht, Schinken in Pfannschinken gebacken, beinahe mitraten wäre. „Den hast nach Brandenburg geschickt, Lütke“, fuhrte er auf. Sie sah noch ganz verärgert aus. „Verzeih, Vater, ich mußte immerzu an all das Schreckliche denken. Sag' mir nur noch, wußte Mutter, daß — daß die Leute —“ „Mich Fürbörter nannten, als sie mich heiratete?“ „Ja, Kind“, sagte er beinahe fletschlich, „das wußte sie und ließ sich nicht abschrecken. Und darum hab ich sie lieb gehabt. Dein Onkel Martin hat auch gewußt und hat immer zu mir gehalten. Das hab ich ihm nie vergessen, denn zu sowas gehört mehr Zivilcourage, als die meisten Menschen aufbringen. Aber genug. Sag' ich dir jetzt, daß wir nicht mehr von der Erde reden wollen?“ Sie schloß geordnet und fuhr fort, ihn zu bedienen, wie er es gern hatte. Als das Essen abgeräumt war, sagte sie: „Vater, kann ich noch ein bißchen zu Onkel und Tante hinüberlaufen, ja? Es ist Vollmond, und zurück bringen sie mich.“ „Na, ich merk schon, wie der Hase läuft. Frauensleute haben immer das Bedürfnis, sich das Herz abzuräumen. Na, meinnetwegen“, sagte er spöttisch, aber es gefiel ihm doch, daß seine Geliebte sie so ernsthaft hatte. Ein paar Minuten später sah er sie über den mond hellen Hof stehen, freute sich über ihre leichten, energiegelassen Gang und ihre Unerschrockenheit. Ein Stadtmädchen hätte sich um diese Zeit nicht mehr vom Hof getrennt, aber Tilbe kannte keine Furcht. Sie kam auch unangefochten bis zur Pforte, aber aus der Pforte erleuchtete wurde nichts, denn Max, der Stütze Student, der einen Teil der Ferien bei Freunden zugebracht hatte, war gekommen. Er begrüßte sie auf der Treppe mit „Gut“, und im Zimmer stand im Gespräch mit der Mutter der junge dunkelblauhaarige Mann, den Tilbe am Morgen schon in der Kirche gesehen hatte. (Fortsetzung folgt.)

